

► Allgemeines

Reform des Spendenrechts. Der Deutsche Bundestag beschloss am 6. Juli 2007 das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“. Im September wird das Gesetz im Bundesrat abschließend beraten. Stimmt er zu, wird es rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft treten. Steuerpflichtige können dann entscheiden, ob sie für das Steuerveranlagungsjahr 2007 noch das alte oder bereits das neue Recht in Anspruch nehmen wollen. Über 23 Millionen Menschen haben in Deutschland ein Ehrenamt inne. Das ist fast jeder Dritte über 14 Jahre. So führt das Gesetz einen neuen Steuerfreibetrag von 500 Euro für ehrenamtliche Nebeneinkünfte bei gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Organisationen ein. Mit dieser Aufwandspauschale sollen die Kosten abgegolten werden, die den ehrenamtlich Täгigen durch ihre Beschäftigung entstehen. Wer die Aufwandspauschale in Anspruch nimmt, kann allerdings nicht zusätzlich noch Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen erhalten, auch nicht den Übungsleiterfreibetrag, der von 1848 Euro auf 2100 Euro im Kalenderjahr angehoben wird. Für Spenden bis zu 200 Euro reicht künftig ein einfacher Bareinzahlungsbeleg oder eine Buchungsbestätigung als Nachweis gegenüber dem Finanzamt aus. Die Höchstgrenzen für den Spendenabzug werden von bisher fünf beziehungsweise zehn auf einheitlich 20 % des Gesamtbetrags der Einkünfte angehoben. Der steuerabzugsfähige Höchstbetrag für die Ausstattung von gemeinnützigen Stiftungen (Vermögensstockspenden) wird von 307 000 Euro auf 1 Mio. Euro erhöht und gilt nun auch für Zustiftungen nach dem ersten Gründungsjahr. Die Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen von gemeinnützigen Körperschaften wird von jeweils 30 678 Euro auf 35 000 Euro angehoben. Das gilt auch für die sogenannte Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen. So besteht beispielsweise keine Steuerpflicht für eine Vereinsgaststätte, wenn die jährlichen Einnahmen unter diesem Betrag liegen. Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Regierung Online 6. Juli 2007

Berliner Forum Gewaltprävention. Intensivtäter Teil I. Ergebnisse der Analyse von „Intensivtäterakten“ der Staatsanwaltschaft Berlin. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2006, 57 S., kostenlos
DZI-D-7981

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt befasst sich seit geraumer Zeit mit dem Thema „Intensivtäter“ und hat vor dem Hintergrund ihrer Aufgabe, die Präventionsarbeit in Berlin zu fördern und zu gestalten, in Kooperation mit der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege ein Forschungsvorhaben zu dieser Thematik angestoßen, welches mehrere Teile umfasst. In einem ersten Schritt wurden 264 von 331 am 1. Juni 2005 bei der Staatsanwaltschaft Berlin Abteilung 47 vorliegenden Akten von Intensivtätern analysiert. Die Ergebnisse der Aktenanalyse werden in der vorliegenden Ausgabe des Berliner Forums Gewaltpräven-

tion dargestellt. Bestelladresse: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, c/o Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Beuthstraße 6-8, 10117 Berlin, Tel.: 030/90 26-52 53, Fax: 030/ 90 26-50 03
E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenBJS.Verwalt-Berlin.de

Rechtsextremismus. Mit dem Aufbau einer Koordinierungsstelle und eines Experten-Beratungsnetzwerkes beim Beauftragten für Integration und Migration will der Berliner Senat seine Arbeit gegen Rechtsextremismus bündeln und die Koordination der Initiativen und Projekte verbessern. Für den Berliner Integrationsbeauftragten ist die neue Koordinierungsstelle ein zentraler Baustein für ein künftiges integriertes Landeskonzert gegen Rechtsextremismus, das neben der polizeilichen Repression auf die aktive Auseinandersetzung der Bürgergesellschaft mit Rechtsextremismus setzt. Die Koordinierungsstelle wird ein Beratungsnetzwerk von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Initiativen sowie Innenbehörden und anderen Verwaltungen aufbauen, das präventive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus steuert und Anregungen zur Weiterentwicklung der Arbeit gibt. Auf diese Weise soll eine optimale Verzahnung der Regelangebote der Verwaltungen mit der Beratung freier Träger erreicht werden. Quelle: Pressemitteilung des Beauftragten für Integration und Migration vom 2. Juli 2007

► Soziales

Rentenanspruch von Schulabgängern. Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die noch keinen Ausbildungssplatz gefunden haben, sollten sich arbeitssuchend melden. Sie vermeiden dadurch Nachteile bei der späteren Rente. Auch ohne Anspruch auf Leistungen der Agentur für Arbeit kann die Zeit der Ausbildungsplatzsuche als Anrechnungszeit in der Rentenversicherung berücksichtigt werden und spätere Rentenansprüche mit begründen. Voraussetzung für eine Anrechnung ist, dass sich Schulabgänger und Schulabgängerinnen bei der Arbeitsagentur als ausbildungssuchend melden und zwischen 17 und 25 Jahre alt sind. Wer Fragen dazu hat, kann sich an das kostenfreie Servicetelefon unter 0800 1000 48 012 wenden. Informationen gibt es auch in den Publikationen „Berufsstarter und die Rente“ und „Berufsstarter und ihre Sozialversicherung“ im Internet unter www.deutsche-rentenversicherung-hessen.de. Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Rentenversicherung Hessen vom 11. Juli 2007

Kinderarmut. Im Jahr 2006 hatten 2,6 Mio. Menschen in Nordrhein-Westfalen (NRW) weniger als 615 Euro im Monat zur Verfügung und galten als arm. Dies entspricht 14,3 % der Bevölkerung. 808 500 arme Kinder wurden gezählt, das heißt, dass jedes vierte Kind in NRW armutsgefährdet ist. Bildung können sich diese Familien kaum leisten. So sind in den Regelsätzen des Arbeitslosengeldes II (ALG II) keine Mittel für Schulmaterialien vorgesehen. Lediglich 1,36 Euro werden pro Monat unter „Sonstiges“ für Schreibwaren eingerechnet. 98 Cent pro Tag sieht das ALG II für das Mittagessen in Horten und Ganztagschulen vor, dieses kostet aber in der Regel 2,50 Euro. Die aktuellen Regelsätze in Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II liegen bei 347 Euro für einen Erwachsenen, bei jeweils 312 Euro für in Ehe oder Lebenspartnerschaft zusammenlebende Erwachsene, bei 208 Euro für Kinder bis 14 Jahre und bei

278 Euro für Jugendliche bis 17 Jahre. Quelle: Presseinformation des Caritasverbandes für die Diözese Münster e.V. 58/2007

Gehälter Ost-West. Auch 17 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Unterschiede zwischen den Gehältern in Ost- und Westdeutschland groß. Durchschnittlich sind sie im Osten um rund 20 % niedriger als im Westen. Als Gründe nannte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Sehrbrock unter anderem die höhere Arbeitslosigkeit und eine geringere Tarifbindung. Quelle: ver.di PUBLIK 6-7/2007

Rechtsberatungsgesetz. Zahlreiche soziale Beratungsstellen machten in der Vergangenheit Bekanntschaft mit dem Rechtsberatungsgesetz. Dieses verbietet die rechtliche Beratung durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. In der Regel erkannten die Gerichte jedoch die Notwendigkeit an, dass Sozialberatung nicht ohne die Bearbeitung von Rechtsfragen erfolgen kann. Dennoch konnten die Beratenden nie sicher sein, ob ihnen aufgrund ihrer Tätigkeit nicht doch eine Bußgeldzahlung droht. Diese Verunsicherung will nun das Bundesjustizministerium beseitigen. Es legte den Entwurf für ein neues Rechtsdienstleistungsge setz vor, das die Kerntätigkeiten der Rechtsberatung und Rechtshilfe zwar weiterhin den Anwälten vorbehält, gleichzeitig aber auch anderen Personengruppen eigenverantwortliches Handeln in diesem Bereich zugesteht. So soll die rechtliche Hilfestellung, die eine besondere rechtliche Prüfung des Einzelfalls erfordert, auch Nichtanwälten erlaubt werden, wenn sie eine typische Nebenleistung dar-

stellt. Weiter sieht der Gesetzentwurf vor, Mitgliedsorganisationen der Wohlfahrtsverbände Rechtsdienstleistungen im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Tätigkeit generell zu gestatten. Soweit diese nicht durch Volljuristen erfolgen, muss zumindest eine Anleitung durch Volljuristen gegeben sein. Quelle: Nachrichten Parität 3/2007

► Gesundheit

Urlaub mit an Alzheimer Erkrankten. Zu Beginn der Ferien hat die Alzheimer-Hilfe Tipps veröffentlicht, wie auch Alzheimer-Erkrankte und ihre Angehörigen einen erholsamen Urlaub verbringen können. Das Faltblatt gibt Ratschläge zur Urlaubsplanung, die die besonderen Bedürfnisse von Alzheimer-Betroffenen berücksichtigen. Ratschläge erhalten auch pflegende Angehörige, die gern allein verreisen möchten, um sich vom anstrengenden Pflegealltag zu erholen. Adressen von Vereinen, Urlaubsorten und Hotels ermöglichen eine erste Orientierung über die verschiedenen Angebote und eine einfache Kontaktaufnahme. Das Faltblatt kann kostenfrei bei der Alzheimer-Hilfe, Postfach 70 08 33, 60558 Frankfurt am Main, Tel.: 01803/33 666 33, Internet: www.alois.de bestellt werden. Quelle: AWO-magazin 4/2007

Behandlungsfehler. In Deutschland sterben jährlich bis zu 17 000 Menschen an den Folgen von Behandlungsfehlern im Krankenhaus. Dies ergab eine vom Bundesgesundheitsministerium finanzierte Auswertung von 51 inländischen Studien. Danach werden pro Jahr 0,1 % der Klinikpatienten und -patientinnen Opfer vermeidbarer Fehler.

Wir denken weiter.

Zum Beispiel für Geldanlagen.

Der neue BFS-Nachhaltigkeits-Fonds verfolgt einen hohen ethischen Anspruch. Dafür investiert das Fondsmanagement ausschließlich in Wertpapiere, deren Emittenten als nachhaltig eingestuft wurden.

Sprechen Sie mit uns. Über diese und andere attraktive Anlagemöglichkeiten.

Die Bank für Wesentliches.
www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt rief dazu auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Patientensicherheit weiter zu verbessern. Quelle: AOK-Forum 6/2007

Alter und steigende Lebenserwartung. Eine Analyse der Auswirkungen auf die Gesundheitsausgaben. Von Frank Niehaus. Hrsg. WIP Wissenschaftliches Institut der PKV. Selbstverlag. Köln 2006, 155 S., kostenlos
DZI-D-7988

Die Lebenserwartung der Menschen steigt bei sinkender Geburtenrate. Was bedeutet dies für die Finanzierung unseres Gesundheitswesens? Der Autor stellt zwei Thesen zur Diskussion: die Medikalisierungsthese, die davon ausgeht, dass mit der steigenden Lebenserwartung auch die Gesundheitskosten steigen, und die Kompressionsthese, die besagt, dass Krankheiten sich meist erst in der letzten Lebensphase häufen, wobei die vorangehende Lebenszeit jedoch weniger Kosten verursache. Im Weiteren wird auf der Grundlage empirischer Daten die Entwicklung der Gesundheitsausgaben in der Vergangenheit analysiert, um schließlich für eine rechtzeitige Zukunftsvorsorge im Gesundheitswesen zu plädieren. Bestelladresse: WIP Wissenschaftliches Institut der PKV, Bayenthalgürtel 40, 50968 Köln, Tel.: 02 21/376 62-56 30, Fax: 02 21/376 62-56 56, E-Mail: wip@pkv.de

Pflegemängel. Petitionen von Bürgerinnen und Bürgern zu Mängeln bei der Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen werden vom zuständigen Ausschuss des Bundestages weitestgehend unterstützt. Die Petenten hatten gegenüber dem Parlament unter anderem moniert, dass bei staatlichen Kontrollen negativ aufgefallene Altenheime selbst bei erheblichen Pflegemängeln nicht geschlossen würden und nach geltender Rechtslage nicht einmal öffentlich genannt werden dürfen. Die Abgeordneten überwiesen dem Bundesgesundheitsministerium die Petitionen und informierten den Bundestag und die Landtage darüber. Das Ministerium räumte gegenüber dem Petitionsausschuss „Fälle von Qualitätsmängeln in Pflegeeinrichtungen“ ein, sah sich jedoch wegen fehlender Kompetenzen außerstande, hier einzuschreiten. Dafür seien die Pflegekassen beziehungsweise der Medizinische Dienst der Krankenkassen und die Länder zuständig. Quelle: *Blickpunkt, Newsletter der AOK vom 6-7/2007*

► Jugend und Familie

Schulsozialarbeit. Im Rahmen eines Arbeitstreffens an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) diskutierten Mitglieder des „Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit“ im Juli 2007 die Möglichkeiten einer Professionalisierung von Schulsozialarbeit. Dem seit 2001 bestehenden bundesweiten Verbund gehören Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Fachleute aus der Praxis und Vertretende von Arbeiterwohlfahrt, Deutschem Rotem Kreuz und der Katholischen Mädchensozialarbeit an. Unter Leitung von Professor Ulrich Bartosch (Dekan der Fakultät für Soziale Arbeit der KU) wurde insbesondere über einen Qualifikationsentwurf beraten, der als Rahmenwerk für die Darstellung von Kompetenzen für verschiedene (Aus-)Bildungsniveaus dienen soll. Der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit hält es für erforderlich, den Beruf „Schulsozialarbeiter/Schulsozialarbeiterin“ professionell zu etablieren. Dabei setzt er sich dafür ein, in das refor-

mierte Fachhochschulstudium für Sozialarbeit/Sozialpädagogik auf der Ebene eines Bachelor of Arts ein verpflichtendes Modul für den Bereich der Kooperation von Jugendhilfe und Schule und der Schulsozialarbeit aufzunehmen und auf der Ebene des Master of Arts eine Spezialisierung für den Beruf „Schulsozialarbeiter/Schulsozialarbeiterin“ anzubieten. Zusätzlich wurde diskutiert, wie sich durch einen Qualifikationsrahmen auch bereits außerhalb der Hochschule erworbene Fähigkeiten zuordnen und somit für ein etwaiges Studium anrechnen lassen. Quelle: *Pressemitteilung der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt vom 13. Juli 2007*

Kindertagesbetreuung. Jedes siebte Kind unter sechs Jahren wurde im Jahr 2006 ganztags betreut. Das sind 632 000 Kinder oder 14,5 % aller Kinder unter sechs Jahren. Ganztagsbetreuung bedeutet, dass die Kinder mehr als sieben Stunden pro Tag in einer Tageseinrichtung, bei einer Tagesmutter oder einem Tagesvater verbringen. Für Kinder unter drei Jahren haben Eltern von rund 137 000 Kindern Angebote der Ganztagsbetreuung als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und Betreuung in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe (Ganztagsquote) belief sich bundesweit auf rund 6,5 %. Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Inanspruchnahme von Ganztagsbetreuung zwischen den neuen und alten Bundesländern jeweils ohne Berlin. Während in Ostdeutschland für rund ein Viertel (25,3 %) aller unter Dreijährigen Ganztagsbetreuung ergänzend in Anspruch genommen wurde, betrug die Quote für diese Altersgruppe in Westdeutschland lediglich 2,6 %. Die niedrigste Quote findet sich in Niedersachsen mit 1,4 %, die höchste in Thüringen mit 31,1 %. Für die Altersgruppe der Kinder von drei bis unter sechs Jahren belief sich die Ganztagsquote bundesweit auf 22,1 % (495 000 Kinder). Auch hier lag die Ganztagsquote im Westen mit 15,2 % deutlich unter der im Osten mit 57,7 %. Wie schon bei den unter Dreijährigen wies auch hier Thüringen mit 84,0 % die höchste Ganztagsquote auf, Baden-Württemberg mit 6,9 % die niedrigste. Quelle: *Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 249/07*

Elternuniversität in Brandenburg. Am 29. September 2007 findet von 10 bis 17 Uhr in der Fachhochschule Potsdam die erste Elternuniversität im Land Brandenburg statt. Der Landeselternrat veranstaltet gemeinsam mit dem Brandenburgischen Volkshochschulverband e.V., dem Institut für Fortbildung, Forschung und Entwicklung e.V. und der Fachhochschule Potsdam in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg einen Fachtag für Väter und Mütter von Schulkindern. Die Elternuniversität bietet brandenburgischen Müttern und Vätern die Möglichkeit, sich untereinander und mit Erziehungsfachleuten aus Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik zu Erziehungs- und Schulfragen auszutauschen und vielfältige Informationen zu erhalten. In 13 Workshops gibt es unter anderem Vorträge und Diskussionen zu Themen wie „Gute Schule – was ist das?“, „Auch Eltern waren Schulkinder“, „Medien – Die neuen heimlichen Erzieher“, „Aggressives Verhalten besser verstehen“ und „Wenn Kumpels wichtiger als Eltern werden“. Die Veranstaltung will Eltern und Schule einander näher bringen und dazu beitragen, dass beide Seiten im Sinne

einer gelingenden Erziehung partnerschaftlich zusammenarbeiten. Eingeladen sind Eltern, die ihre Kinder engagiert erziehen und begleiten wollen, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie andere pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Schule und Hort. Das Veranstaltungsprogramm mit Anmeldeformular ist unter www.elternuni.net abrufbar. Anfragen können an Christa Heinrich, Fachhochschule Potsdam, Tel.: 03 31/58 02 430 gerichtet werden. Quelle: *Gemeinsame Presseerklärung der Veranstalter vom 5. Juli 2007*

► Ausbildung und Beruf

Kinder verstehen lernen. Den mit 60 000 Euro dotierten zweiten Preis des hessischen Wettbewerbs „Exzellenz in der Lehre“ erhielten Professorin Dr. Friederike Heinzel und Diplom-Pädagogin Susanne Pietsch für ihr „Projekt K – Kinder begleiten und verstehen lernen“. In diesem Projekt des Fachbereichs Erziehungswissenschaft/Humanwissenschaften der Universität Kassel betreuen Studierende ein Jahr lang sozial und emotional bedürftige Grundschulkinder drei Stunden in der Woche. Sie begleiten und fördern die Kinder, planen gemeinsame Unternehmungen und nehmen an Supervision und dazugehörigem Seminar teil. „Wir erleben hier, wie Kinder gestärkt werden und gleichzeitig für Studierende Handlungssituationen entstehen, die Kompetenzentwicklung ermöglichen“, stellte Frau Dr. Heinzel, die als Professorin für Grundschulpädagogik für das Projekt verantwortlich zeichnet, fest. Die bedürftigen Kinder werden vom Kasseler Familienberatungszentrum an das Projekt vermittelt. Quelle: *Pressemitteilung der Universität Kassel 5/07*

Auszeichnung für Fernstudiengang. Den hessischen Anerkennungspreis „Exzellenz in der Lehre“ erhielt Professorin Dr. Petra Gromann vom Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda als Studiengangsleiterin der beiden Fernstudiengänge Bachelor of Arts Soziale Arbeit (basa-online) und Master of Advanced Professional Studies in Social Work (maps-online). Beide berufsbegleitende Online-Studiengänge werden im Verbund mit der Zentralstelle für Fernstudien an Fachhochschulen (ZFH) angeboten. Frau Dr. Gromann erhielt den Anerkennungspreis für die Entwicklung, Implementierung und die Durchführung der Fernstudienangebote gemeinsam mit drei Kollegen, die an der Hochschule Fulda und der Fachhochschule Wiesbaden als Projektleiter des jeweiligen maps-online-Angebotes tätig sind. 47 Bewerberinnen hatten an dem Wettbewerb teilgenommen, eine Jury zeichnete zehn Projekte mit dem Preis aus. Informationen zu den ausgezeichneten Studiengängen sind unter www.basa-online.de und www.social-maps.de zu finden. Quelle: *Pressemitteilung der Zentralstelle für Fernstudien an Fachhochschulen vom 10. Juli 2007*

Tagungskalender

18.-19.10.2007 Mainz. Bundeskongress der DVSG: Sozialarbeit im Gesundheitswesen – Ökonomisierung als Herausforderung. Information: Geschäftsstelle der Deutschen Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V., Kaiserstraße 42, 55116 Mainz, Tel.: 06 131/22 24 22, Fax: 06 131/22 24 58, E-Mail: info@dvsg.org

25.-26.10.2007 Bielefeld. Fachtagung: Perspektive Lebenslanges Lernen. Kompetenzen stärken – Übergänge gestalten. Information: W. Bertelsmann Verlag, Herrn Joachim Höper, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld, Tel.: 05 21/911 01-28, Fax: 05 21/911 01-79
E-Mail: joachim.höper@wbv.de
Internet: www.wbv-fachtagungen.de

29.-30.10.2007 Groß Pinnow. Konferenz: Maßnahmen gegen die Gefährdung des Kindeswohls in Polen und Deutschland. Information: Bildungseinrichtung für Fragen sozialer Arbeit, Kunower Straße 16, 16306 Groß Pinnow, Tel.: 03 33 31/77 99-0, Fax: 03 33 31/77 99-11, E-Mail: mail@landhof-arche.de, Internet: www.landhof-arche.de

7.-8.11.2007 Nürnberg. 4. Bundeskongress für Rehabilitation und Teilhabe. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR), Walter-Kolb-Straße 9-11, 60594 Frankfurt am Main, Tel.: 069/60 50 18-23, -26, Fax: 069/60 50 18-28, E-Mail: ulrich.gerke@bar-frankfurt.de
Internet: www.bundeskongress-bar.de

12.-14.11.2007 Mannheim. Fachkonferenz: Alkohol – Neue Strategien für ein altes Problem. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 15-0, E-Mail: schulte@dhs.de
Internet: www.dhs.de

16.-18.11.2007 Kassel. 41. Bundesfachtagung des Bundesverbandes der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Information: Berufs- und Fachverband Heilpädagogik e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50-60

19.-20.11.2007 Kassel. Tagung: Individuelle Wege ins Arbeitsleben. Information: Aktion Psychisch Kranke e.V., Opperner Straße 130, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/67 67 40, Fax: 02 28/67 67 42
E-Mail: apk@psychiatrie.de, Internet: www.apk-ev.de

23.-24.11.2007 Tübingen. 31. Tübinger Sozialpädagogiktag: Lebenslaufbezogene Hilfen in Europa – Lernen von Vielfalt und Differenz in der Praxis. Information und Anmeldung: Institut für Erziehungswissenschaft, Münzgasse 22-30, 72070 Tübingen, Tel.: 07 071/29 78 318
Internet: [www.erziehungswissen schaft.uniuebingen.de/Abteilungen/Sozialpaedagogik/index.html](http://www.erziehungswissenschaft.uni.tuebingen.de/Abteilungen/Sozialpaedagogik/index.html)